L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

IV. Wahlperiode/ 24. Sitzung.
3. Sitzungsperiode 1934.

Stenographischer Bericht

über die am Mittwoch, den 29.August 1934 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Vollversammlung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Dame und meine Herren! Ich eröffne hiermit die heutige Sitzung (10 Uhr).

Die Regierungskommission ist vertreten durch:

Herrn Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Levacher (DF)-Saarlouis; Schmoll (DF)-Saarbrücken; Schinhofen (DF)-Merzig.

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Ergänzung des Artikels 15 der Verordnung vom 28.November 1933 betreffend Abänderung und Ergänzung der Verordnung vom 20.Mai 1933 (Amtsblatt 1933, No. 21) zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit;

2) Verbot von Einrichtungen des freiwilligen Arbeitsdienstes sowie Meldepflicht für Angehörige verschiedener Organisationen.

Die Fraktionen sind sich darin einig geworden, die beiden Vorlagen ohne Kommissionsberatung heute zu verabschieden. Der Ältestenrat hat beschlossen, daß jeder Fraktion eine halbe Stunde Redezeit gewährt wird.
Ich erteile dem Sprecher der Deutschen Front das Wort.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Abg. Dr. Schweig (DF): Deutsche Volksgenossen! Die wohlwollende Sorge um unsere Ruhe und Sicherheit hat uns seitens der Regierungskommission wieder einmal zwei Vorlagen zur Begutachtung beschert. Wir haben schon so oft auf das Unnötige dieser Besorgnis hingewiesen, auf die ausreichenden gesetzlichen und politischen Machtmittel der Regierungskommission, besonders aber auf die beispiellose Disziplin der Bevölkerung, die uns ein besserer Garant für freie und geheime Abstimmung ist als irgend eine Besatzungstruppe. Wir können mit Beweisen dafür dienen aus Oberschlesien oder Eupen-Malmedy! Nein, wir haben den Eindruck, die Regierungskommission wolle mit den immer wiederholten und variierten Behauptungen von Gefahren für Ruhe und Sicherheit methodisch eine Beurteilung durch das Ausland herbeiführen, die ihrem unverständlichen und überall abgewiesenen Plan auf Heranziehung ausländischer Polizei gefügig wird.

Wenn die Regierungskommission glaubt, sie habe den in der ersten Vorlage, Ergänzung des Artikels 15 pp. vorgeschlagenen Zusatz zum Schutze von Staatsoberhäuptern nötig, so wollen wir nichts dagegen haben. Der Zusatz trifft uns nicht und sollte unserer Meinung nach stillschweigend Gesetz sein.

Unter Hinweis auf unsere früheren Erklärungen zur Verordnung vom 20.Mai 1933 stimmt die Deutsche Front zu.

Ich bin persönlich der Meinung, daß die Regierungskommission in andern Fällen nicht so zimperlich um einen Rechtstitel besorgt war. Bei der zweiten Vorlage dagegen muß ich schon sagen, bleiben nur zwei Möglichkeiten.

Entweder ist die Regierungskommission tatsächlich von einer Angstpsychose erfaßt, die uns bisher mancherorts klug gespielt vorkam. Oder sie ist blind in der Verfolgung jeder Verbindung, die uns gewaltsam Abgetrennten und binnen kurzem wieder Zurückgekehrten mit unserem Mutterreich und Vaterland nach göttlichem und menschlichem Recht zusteht.

Wie ist der wirkliche Sachverhalt ? Die katastrophale Lage des Arbeitsmarktes, d.h.die erschreckende Zunahme der Arbeitslosen, besonders unter der Jugend, die eine geregelte Arbeit überhaupt nicht kennengelernt hat, zumal der größte Arbeitgeber, die Grubenverwaltung, kaum nennenswerte junge Leute einstellt, haben seit über zwei Jahren die Kommunen und öffentlichen Körperschaften bewogen, auch bei uns den Gedanken an einen freiwilligen Arbeitsdienst aufzugreifen. Die geringen Anfänge, die bei uns möglich geworden sind, scheiterten an den allzu engherzigen Bestimmungen der Regierungskommission, die beispielsweise die Zusammenfassung in Arbeitslagern und damit wichtigste Voraussetzungen eines freiwilligen Arbeitsdienstes unmöglich machten. Wie so oft konnten wir auch in diesem Falle, für unsere Arbeitslosen die dankenswerte Hilfe des Reiches bezw. der Organisation eines freiwilligen Arbeitsdienstes im Reich in Anspruch nehmen. Der hohen Bedeutung dieses freiwilligen Arbeitsdienstes, die darin liegt, daß Tausende von dem Elend der Arbeitslosigkeit und von der Straße weggeholt wurden und zu Arbeit, Ordnung und Disziplin angehalten wurden, wird die Regierungskommission in keiner einzigen Ausführung gerecht. Ebenso wenig erwähnt sie die spürbaren Erfolge, die einmal bei den Betreuten selbst durch Gemeinschaftserziehung und innere Befriedigung bei der Arbeit eingetreten sind, die zum anderen dem Arbeitsmarkt im Saargebiet zugute kamen, die Arbeitslosenziffer heruntergedrückt und zu einer finanziellen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

207

Entlastung der Gemeinden und des Staates geführt haben. Ebenso wenig scheint sie sich darüber klar zu sein, wie sie als Treuhänder helfend eingreifen sollte, wenn morgen etwa das Reich in 20 Sonderzügen in einem Schub uns die angegebenen 16 000 Erwerbslosen in das Saargebiet zurückschicken würde. Sie scheint sich auch nicht darüber im Klaren zu sein, welche Beunruhigung und wirtschaftliche Störung sich aus den geplanten Maßnahmen einer Meldepflicht, die durchaus den Charakter einer schimpflichen Stellung unter Polizeiaufsicht trägt, ergeben würden, nur weil jemand sich freiwillig an Arbeit, Ordnung und staatsbürgerliche Disziplin gewöhnen wollte. Wir haben es unter dem Gesichtspunkt der Menschlichkeit doch zu tun mit tausenden junger Menschen, die auf der einen Seite vom Leben hart genug durch Arbeitslosigkeit bestraft sind, die zweitens bestraft sind durch den Verlust ihrer Erwerbslosenunterstützung, wenn sie zurückkehren, und die drittens bestraft werden sollen, durch eine beabsichtigte Diffamierung, in dem man ihnen polizeiliche Aufsicht androht, die sich auf die Dauer zwar doch nur als eine Auszeichnung auswirken würde. Glaubt die Regierungskommission wirklich, daß die gewissermaßen die Freizügigkeit und berechtigte Suche nach Arbeit durch eine solche Verordnung unterdrücken kann ? Wir sind vielmehr der Meinung, daß sie sowohl bei der Arbeitsbeschaffung, als auch bei der Einrichtung eines eigenen FAD., wie letztlich auch in der Unterstützungsfrage versagt, daß die jungen Menschen weiterhin im FAD. verbleiben werden bezw. auf der anderen Seite sich nicht abhalten lassen werden, die Arbeit dort zu suchen, wo sie sie finden!

(Bravo - Rufe)

Mit der Anklage 4 ereifert sich die Regierungskommission über militärische Formen, soldatischen Geist und Wehrsport. Für jeden Kenner der Verhältnisse und Besucher Deutschlands wie der Arbeitslager, ist es klar, daß es sich hierbei nicht um wirklichen militärischen Waffendienst handelt, sondern um die Heranziehung und Förderung von Tugenden, die in diesem Gemeinschaftsleben im Verein mit der tätigen Arbeit gepflegt werden.

Man ist versucht, das Witzwort zu gebrauchen:

"Wie sich der kleine Moritz den Kampf um das Saargebiet vorstellt."

(Zuruf des Abg. Kiefer (DF): Sehr gut!)

Daß dieser Kampf von unserer Seite nur ein geistiger Kampf ist, davon dürfte sich eine gewissenhafte Treuhänderregierung durch unsere Art ihn zu führen, wie durch das Studium der maßgeblichen Literatur inzwischen überzeugt haben. Ich verweise nur auf das gewiß unverdächtige Buch von Grabowsky u. Sante "Grundlagen des Saarkampfes". In diesem Zusammenhang berührt es uns sehr merkwürdig, daß mit der Begründung zur Anlage 15 die Regierungskommission sich als Wächter in der 50 Kilometerzone präsentiert.

(Zuruf des Abg. Detjen (KP))

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Detjen, ich rufe Sie zur Ordnung!

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Abg. Dr. Schweig (DF) fortfahrend: Einmal fehlt ihr jegliches Recht dazu, auf der anderen Seite sagt auch hier inhaltlich die angezogene Anlage gerade das Gegenteil von dem, was die Regierungskommission herauszulesen sich bemüht: nämlich, daß man auf jede Weise im Reich bemüht war, auch den geringsten Stein eines Anstoßes bei Errichtung dieser Arbeitslager aus dem Weg zu räumen.

Es gibt auch nur eine 50 Kilometerzone für militärische Einrichtungen. Der Arbeitsdienst hat, wie schon darauf hingewiesen, mit militärischen Angelegenheiten nicht das geringste zu tun. Wäre die Auffassung der Regierungskommission richtig, so dürfte an sich in der militärischen Zone keinerlei Arbeit geleistet und keine erzieherische Aufgabe erfüllt werden.

(Zurufe der Deutschen Front: Sehr gut!)

Übrig bleibt danach im Volksempfinden nur der bittere Beigeschmack einer ungeschminkten Denunziation. Es muß überhaupt befremden, daß angesichts einer volkserzieherischen Arbeit größten Ausmaßes, an welchem im Reiche auch Ausländer teilnehmen, und die sich für das Saargebiet auf die Betreuung von angegebenen 16 000 Arbeitslosen erstreckt, daß dann die Regierungskommission ganze 17 Anlagen zu Beschwerdepunkten gefunden hat, aus denen sie Folgerungen zieht, die dazu in keinem Verhältnis stehen, zudem die beigefügten 14 Anlagen der aufgelösten Stelle einer früheren Partei zuzuschreiben sind und ein Jahr zurückliegen, während man die Deutsche Front heute zu treffen versucht, die dafür keinerlei Verantwortung trifft. Unverständlich bleibt weiter, wie dann aus der Tatsache, daß unter angegebenen 16000 ein Sterbefall zu verzeichnen ist, eine generelle gesundheitliche Gefährdung abgeleitet werden soll. Ich selbst habe mich in vielen Fällen durch den Augenschein von den sanitären Maßnahmen und dem ausgezeichneten Gesundheitszustand der Arbeitsdienstwilligen überzeugen können. Es müßte der Regierungskommission bekannt sein, daß darüber hinaus die Arbeitsdienstwilligen versichert sind, und, selbst davon abgesehen, in jedem anderen Schadensfalle alle Rechtsmöglichkeiten vorhanden sind, die auch sonst zum Schutze der arbeitenden Bevölkerung dienen.

Wir stellen weiter fest, daß z.B. auch im englischen Arbeitsdienst sich Saarländer befinden. Es interessiert uns zu erfahren, ob die Verordnung auch für andere Länder zutrifft.

Auf die verschiedenen Anfragen der entsprechenden Kommission des Landesrates hat die Regierungskommission Antworten erteilt. Man merkt deutlich die Verlegenheit der Regierungskommission bei der Erteilung dieser Antworten, wenn sie zum Beispiel zu 3 b erwähnt, daß die Entlastung des Arbeitsmarktes weit geringer gewesen sei, als die Inanspruchnahme von Arbeitsstellen durch die Arbeiter aus dem Reich. Zu dieser Antwort ist daran zu erinnern, daß die Regierungskommission systematisch alles getan hat, um Arbeitnehmern aus dem Reich die Arbeit im Saargebiet unmöglich zu machen. Die Antwort der Regierungskommission gilt wie ein Hohn, wenn man sich vergegenwärtigt, daß tausende von Saargängern, deren Väter schon im Saargebiet gearbeitet haben und die zum Arbeitsstamm des Saargebietes gehören, von der Grubenverwaltung auf die Straße geworfen wurden. Wir haben bis jetzt nicht erfahren können, wie groß die Zahl

der

209

der Arbeitnehmer aus dem Reichsgebiet ist, die seit Bestehen des freiwilligen Arbeitsdienstes im Saargebiet eingestellt wurden. Wir betonen ausdrücklich, daß wir Emigranten, die saarländischen Arbeitnehmern des Platz wegnehmen, nicht zu diesen Arbeitnehmern rechnen.

Wir hatten ferner die Regierungskommission gefragt, ob es ihr bekannt sei, daß infolge der Entsendung von Arbeitsdienstwilligen ins Reich in ihrem Haushalt große Ersparnisse gemacht worden seien und daß auch die Gemeinden eine große finanzielle Entlastung erfahren haben.

Zu dieser Frage 3 d lautete: Wie hoch berechnet die Regierungskommission die durch ihre neue Vorlage eintretende Belastung ihres Haushaltes der Gemeinden ?

Die Regierungskommission lehnt eine Beantwortung dieser Fragen zurzeit ab!

Wir bitten die Regierungskommission, zu erklären, aus welchen Gründen die Beantwortung z.Zt.abgelehnt wird. Welche Zeit erscheint ihr zur Beantwortung angemessen ? In welcher Weise dient die Regierungskommission ihrer Aufgabe Treuhänder der Saar-Regierung zu sein, durch diese Art der Beantwortung ?

Aber keine Antwort ist auch eine Antwort! Die Antwort müßte lauten:

Wir sind uns zwar darüber klar, daß dem Saargebiet durch unsere Maßnahmen ein Schaden entsteht. Unsere politischen Absichten stellen wir aber höher als das Wohl der Saarbevölkerung.

(Zurufe der Deutschen Front: Sehr richtig!)

Auf unsere Frage 4 hat die Regierungskommission geantwortet, daß ihr die tatsächlichen Verhältnisse hinreichend bekannt seien. Sie habe aus einer Denkschrift Wert und Aufgabe des Innendienstes mit Berücksichtigung der Aufgaben des Zug-und Truppführers vom Dienst, die sich in den Akten der Landesleitung der Deutschen Front befanden, ersehen, daß

a) dem Arbeitsdienst militärische Form gegeben sei,
b) soldatischer Geist die Grundform der Erziehung sei,
c) Förderung von Wehrkraft und Wehrsport zum Schutze von Ehre und Arbeit eine Hauptaufgabe des Arbeitsdienstes sei.

Dazu wird unsererseits bemerkt, die Denkschrift, auf die die Regierungskommission ihre Begründung zu stützen versucht, hat keinen amtlichen Charakter. Maßgebend ist nur die Erklärung der Reichsregierung, die in direktem Gegensatz steht zu den unter Ziffer 4 angegebenen Begründungen der Regierungskommission. Den Arbeitsdienst lernt man nicht kennen aus einer Denkschrift, genau so wenig wie man die Regierungskommission kennen lernen kann aus einem Saarstatut. Der Arbeitsdienst war zurzeit der Abfassung der von der Regierungskommission angezogenen Denkschrift noch in der Entwicklung begriffen. Wenn man alle Regierungen nach Denkschriften beurteilen wollte, wie würde dann das Urteil über die Saarregierung lauten ???- Hier entscheidet nur die Praxis.

Unter 5 hatten wir folgende Frage gestellt: Wie denkt sich die Regierungskommission eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit des Saargebietes durch die Heranziehung

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

Heranziehung von jungen Saarländern zum freiwilligen Arbeitsdienst infolge der Tatsache, daß die meisten Arbeitsdienstpflichtigen sich hunderte von Kilometern vom Saargebiet entfernt in vielen Lagern zerstreut aufhalten und dort zur Arbeit und Ordnung angehalten werden. Darauf hat die Regierungskommission geantwortet:

"Die der Verordnungsbegründung beigegebenen Anlagen genügen vollauf zur Rechtfertigung der Befürchtungen der Regierungskommission."

Die Regierungskommission macht sich hier ihre Aufgabe sehr leicht. Wenn Emigranten und Ausländer hier in großen Mengen aufmarschieren und rufen "Hoch die Weltrevolution", "Nieder mit Hitler", oder sogar "Nieder mit der Regierungskommission", so ist das scheinbar keine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit! Wenn aber junge Leute hunderte von Kilometern vom Saargebiet entfernt im Arbeitslager zur Arbeit und Ordnung angehalten werden, so ist nach der Begründung der Regierungskommission eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit des Saargebietes.

Die Verordnungsbegründung der Regierungskommission erscheint bei ernstlicher Prüfung als ein zu durchsichtiger Versuch, die Heranziehung fremder Polizei zu begründen. Eine derartige Beantwortung von Fragen können wir nur noch als Verhöhnung des Landesrates und damit des Saarvolkes, das den Landesrat gewählt hat, auffassen.

Zu unserer Frage 6, Abs.2, die lautet: "Sind die unter 9 und 14 beigefügten Anlagen so eingehend nachgeprüft worden, daß auf Grund derselben die Behauptung gerechtfertigt ist, daß den Lagerinsassen sowohl in gesundheitlicher wie auch kultureller Hinsicht Gefahren drohen ?" antwortet die Regierungskommission mit einem kurzen "Ja!" Wir möchten wirklich einmal feststellen, welche Möglichkeit die Regierungskommission zur Nachprüfung hat oder hatte. Ist es zu einer Nachprüfung nicht erforderlich, auch die Gegenseite zu hören ?

Wir hätten es deshalb im Interesse des Ansehens der Regierungskommission und des durch die Regierungskommission vertretenen Völkerbundes lieber gesehen, wenn die Regierungskommission mit einem wahrheitsgemäßen "Nein" geantwortet hätte. Wir müssen feststellen, daß aufgrund eines nicht geprüften, einseitigen, ganz geringen Materials, die weitgehende Behauptung aufgestellt wird, die jungen Saarländer im Arbeitsdienst seien in gesundheitlicher und kultureller Weise geschädigt. Das ist eine unerhörte Beleidigung des deutschen Arbeitsdienstes und der darin beschäftigten Vorgesetzten, aber auch dann eine Beleidigung der deutschen Regierung, die wir hiermit gebührend zurückweisen.

Zu der Anlage 13, die die Regierungskommission zur Stützung ihrer Beweisführung beigefügt hat, haben wir zu erklären, daß die Anlage doch genau das Gegenteil besagt. Mit dem Schreiben sollte erreicht werden, daß den im Arbeitslager beschäftigten Personen geistliche Hilfe gewährt würde. Die in diesem nicht zur Veröffentlichung bestimmten Schreiben gewählte Form verurteilen wir. Das gibt aber der Regierungskommission kein Recht, aus dieser Entgleisung einer untergeordneten Stelle den weitgehenden Schluß zu ziehen, daß eine kulturelle Schädigung gegeben ist.
Wer auf so hoher Warte zu stehen vorgibt wie die Regierungskommission, sollte sich hüten, auf eine solch niedrige Stufe herabzusteigen, auf der sich sonst nur die Ersatzfranzosen des Saargebietes zu bewegen pflegen, die jedoch für eine

<u>Vertretung</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I

Vertretung des Völkerbundes ungewöhnlich ist!

(Zurufe aus der Deutschen Front: Sehr gut!)

Mit der Antwort auf unsere Frage 7 gibt die Regierungskommission zu, daß ihr über die Arbeitsläger noch wenig bekannt ist. Sie bezieht scheinbar ihre Informationen nur aus der deutschfeindlichen Presse.

Wir können daher die Regierungskommission nur auffordern, zu versuchen, in das Wesen des Arbeitslagers einmal einzudringen. Nach Rückfrage bei dem Sonderbeauftragten des Reichskanzlers für das Saargebiet, ist das Reich sofort bereit, eine Besichtigung aller Läger durch die Regierungskommission oder einer von der Regierungskommission bestimmten Abordnung vornehmen zu lassen. Wir hoffen, daß die Regierungkommission von diesem Angebot Gebrauch machen wird.

Ebenso unbefriedigt ist die Antwort, die die Regierungskommission zu unserer Frage 8 erteilt, sie lautet:

> "Beweise für unmittelbare Verbindungen zur Geheimen Staatspolizei sind nicht aus der Abholung von Briefen, sondern aus dem durch die Geheime Staatspolizeistelle Trier selbst ergangenen Briefwechsel in zahlreichen Fällen erbracht."

Wir stellen demgegenüber ausdrücklich fest, daß aus den Unterlagen, die die Regierungskommission dem Landesrat zugeleitet hat, eine unmittelbare Verbindung nicht hervorgeht.

Die Abwicklungsstelle der NSDAP., die angeblich mit diesen Dingen belastet wird, geht die Deutsche Front nichts an. Wer mit "Material" arbeiten will, muß darauf sehen, daß das "Material" nicht verschimmelt ist, und nicht schon einen grauen Bart besitzt. Wir machen die Regierungskommission ausdrücklich darauf aufmerksam, daß durch eine Meldepflicht das Gegenteil von dem erreicht werden wird, was die Regierungskommission angeblich beabsichtigt.

Die Deutsche Front mahnt ständig, sie ruft ständig zur Disziplin auf, die auch geübt wird. Beweis dafür ist der große Saar-Aufmarsch in Koblenz, der ungestört verlaufen ist. Aber wenn der Deutschen Front bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung immer Schwierigkeiten gemacht werden, kann sie auf die Dauer nicht für die Fehler der Regierungskommission verantwortlich gemacht werden. Wir haben leider die Gewißheit, daß einige Stellen im Saargebiet - ich sage nicht Stellen der Regierungskommission - an etwaigen Unruhen ein außerordentlich großes Interesse haben. Die Vorlage begünstigt das Entstehen von Unruhen und deshalb bekämpfen wir die Vorlage bis aufs äußerste. Zusammenfassend erklären wir:

"Wir lehnen die Vorlage ab:

1) weil sie eine finanzielle Belastung für den Haushalt des Saargebietes und der saarländischen Gemeinde bedeutet;

2) weil sie die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert;

3) weil sie geeignet ist, Unruheherde zu schaffen;

4) weil sie, aufs Ganze gesehen, allen Interessen der Bevölkerung zuwiderläuft und nur geeignet ist, das Gegenteil von dem zu bewirken, was nach Angaben der Regierungskommission beabsichtigt sein soll.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Wir wissen heute schon, daß die deutsche Jugend des Saargebietes auch ohne Werbung und Meldestellen im Saargebiet auch künftig den Weg zum deutschen Arbeitsdienst finden wird.

Es kam uns jedoch darauf an, vor der Öffentlichkeit den Geist und die Unzulänglichkeit zu kennzeichnen, aus denen heraus solche Verbotsverordnungen von der Regierungskommission gemacht werden. Es erscheint aussichtslos, nach unseren gemachten Erfahrungen, durch weiteres Eingehen auf die Materie etwa diesen Mangel in der Gesetzgebung der Regierungskommission beseitigen zu wollen.

Aber die Verantwortlichkeit muß von der Bevölkerung dem Völkerbund und der Weltöffentlichkeit von dieser Stelle aus festgelegt werden:

Die Verantwortung steht bei der Regierungskommission und wird von der gewählten Vertretung der Deutschen Front, die die gesamte deutsche Bevölkerung des Saargebietes vertritt, ausdrücklich abgelehnt.

(Bravo - Rufe)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hey!

Abg. Hey(KP): Meine Dame und meine Herren! Die Regierungskommission hat uns einen Entwurf vorgelegt, den wir aufs Schärfste zurückweisen. Zur gleichen Stunde, in der unausgesetzt das deutsche Radio und die gleichgeschaltete Presse im Reich ihren geistigen Unrat gegen das antifaschistische Volk ausgädt, soll in Zukunft durch die vorgelegte Verordnung der antifaschistischen Presse gegenüber Hitler der Mund verstopft werden. Wir Antifaschisten, deren Gesinnungsgenossen auf Befehl Hitlers erschlagen und in den Höllen der Konzentrationslager zu Tode gefoltert werden, sollen den Mann, auf dessen Befehl alle diese unsagbaren Grausamkeiten geschehen, nicht mehr als das bezeichnen dürfen, was er ist. Einer vom Blut des deutschen Volkes befleckter Mörder.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Hey, ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Hey(KP) fortfahrend: Mit ihrer Verordnung behindert daher die Regierungskommission auch das einheitlichste, die Agitation der antifaschistischen Presse. Wir glauben nicht, daß die Herren der Regierungskommission so naiv sind, nicht die Meinung der Welt über das braune Regime zu kennen. Eine Bande politischer Gangster - ich zitiere die englische Presse- beherrscht heute Deutschland. Kameradenmörder schreibt die amerikanische Presse, so und ähnlich können sie es in zehntausenden von Zeitungen aller Länder lesen, es gibt keinen ersichtlichen Grund der antifaschistischen Presse an der Saar einen Maulkorb umzulegen, wenn sie nichts weiter tut, als ihre selbstverständliche Pflicht einen Politiker nach seinen Taten zu beurteilen. Hitler, der die Politik des reaktionären Teils des Finanzkapitals mit terroristischen Mitteln in Methoden durchführt, ihn und seine Trabanten muß man auch für diese Politik verantwortlich machen können. Fast 8 Millionen haben am 19.August, selbst die nationalsozialistische Lügenzentrale des Propagandaministeriums muß eingestehen, ihre Gegnerschaft zu Hitler zu bekunden.

(Bravo-Rufe der Linken)

Hitler hat bereits gegen diese Antifaschisten, die sich aus Kommunisten, sozialdemokratischen Arbeitern und werktätigen Katholiken zusammensetzen, eine neue umfassende "Aktion" angekündigt, um die Abtrünnigen" wieder dem Hakenkreuz zurückzuführen. Es bedarf keiner großen Fantasie sich auszumalen, daß das eine echt nationalsozialistische Überzeugungsaktion sein wird. Die festgebliebenen SA.-und SS.= Gruppen werden berufen werden, den Neinsagern die richtige Gesinnung einzubläuen. Die Konzentrationslager werden sich weiter füllen, Ermordete werden auf der Strecke bleiben. Der Mann aber, auf dessen Befehl dies geschieht, heißt Hitler.

(Zuruf der Linken: Sehr richtig !)

In Zukunft sollen wir, so will es die Regierungskommission, diese Taten und den für sie Verantwortlichen nicht mehr

auf

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

auf unsere proletarische Weise charakterisieren können. Das ist gewollt oder ungewollt Hilfe für die "Deutsche Front". Wir Kommunisten werden mit ganzer Leidenschaftlichkeit dagegen kämpfen, daß eine solche Verordnung durchgeführt wird. Mit und ohne Verordnung der Regierungskommission wird die deutsche Arbeiterklasse und mit ihr das deutsche Volk auch weiterhin es sich nicht nehmen lassen, Hitler für das, was auf seinen Befehl geschieht, verantwortlich zu machen und ihn vor der ganzen Welt für die in Deutschland verübten Verbrechen an antifaschistischen Gegnern zu geißeln.

Niemals werden wir Kommunisten dieser Verordnung unsere Zustimmung geben !

Zur Vorlage 2 betr. Verbot von Einrichtungen des Freiwilligen Arbeitsdienstes sowie Meldepflicht der Angehörigen verschiedener Organisationen, erklärt die Kommunistische Fraktion ihre Zustimmung und beantragt folgende Ergänzungsanträge anzunehmen:

Der Landesrat möge beschließen:

1) Die Regierungskommission wird beauftragt, sofort die nötigen Schritte einzuleiten, um die saarländischen Arbeitsdienstler aus dem F.A.D. Deutschlands zu befreien und folgende Hilfsmaßnahmen unverzüglich einzuleiten und durchzuführen.

a) Alle Unternehmer, insbesondere Röchling, Wolf, welche die Jugendlichen zum Arbeitsdienst abkommandierten, werden verpflichtet, die Arbeitsdienstler wieder einzustellen, ohne andere Jugendliche wieder zu entlassen. Die Jugendlichen müssen nach den bestehenden Tarifen ausbezahlt werden.

b) Da der größte Teil der Jugendlichen, welcher sich in den deutschen Arbeitslagern befindet, aus wirtschaftlichen Ursachen in den F.A.D. ging, muß dieses Problem dadurch gehoben werden, daß den jungen Arbeitern bis zur Einstellung in die Betriebe in den Bezug der Erwerbslosenunterstützung einbezogen werden.

c) Da die Jugendlichen keine Unterwäsche besitzen, wenn sie zurückkehren, wird die Regierungskommission beauftragt, jedem aus dem F.A.D. Zurückkehrenden eine Wäschebeihilfe in der Höhe von 120.- Franken auszuzahlen.

d) Die Regierungskommission wird beauftragt, bei der Reichsregierung sofort Schritte zu unternehmen, damit den Eltern, der im F.A.D. gestorbenen Jungarbeiter eine laufende Rente bezw. Beihilfe von 300.-Franken monatlich ausgezahlt wird.

e)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

e) Da unter der gesamten Saarbevölkerung das Gerücht nicht verstummt, daß in den deutschen F.A.D.-Lagern noch mehr jugendliche Saarländer, auf Grund des Drills gestorben sind, fordert die Kommunistische Fraktion den aus der Bevölkerung entstehenden Untersuchungsausschuß, zusammengesetzt aus allen Schichten der Bevölkerung, die Einsicht in das Aktenmaterial zu geben und den Ausschuß bei seiner weiteren Arbeit zu unterstützen und zu fördern.

2) Die Stellung der Kommunistischen Fraktion zum saarländischen Arbeitsdienst:

Die Kommunistische Fraktion fordert:

a) Die sofortige Aufhebung der Arbeitslager im Saargebiet, da sie zum Tummelfeld faschistischer Verseuchung der Jugend werden.

b) Alle Arbeiten, welche durch Jugendliche in den noch bestehenden Arbeitsdienstlagern im Saargebiet durchgeführt werden, wird der übliche Tariflohn gewährt.

Es ist bekannt, daß wir Kommunisten grundsätzlich Gegner des Arbeitsdienstes in jeder Form sind. Freiwillig oder unfreiwillig, das haben wir Kommunisten gesagt und die Tatsachen haben es bestätigt. Arbeitsdienst heißt Arbeitszwang und Kasernenhofdrill zu Hungerlöhnen. Der Arbeitsdienst ist nichts weiter als eine für die Unternehmer organisierte Streikbrechertruppe, in die man Arbeiter gegen ihren Willen hineinzwängt, um die Löhne der noch beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen noch weiter herabdrücken zu können. Es ist von A bis Z eingetroffen, was wir Kommunisten im Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht immer ausgesprochen haben. Die Arbeitsdienstpflicht hat und dafür liefern uns jetzt den schlüssigen Beweis die amtlichen Dokumente der Regierungskommission nicht zur Ertüchtigung der arbeitslosen Jungarbeiter, sondern zu ihrer moralischen Versumpfung geführt, soweit sie die faschistischen Feldwebel in ihre Klauen bekamen. Erschütternde Dokumente liegen vor uns, die schwerste Anklagen gegen die Röchling und Wolf, gegen die gesamte Führerschaft der Deutschen Front sind. Tausende Jungarbeiter habt Ihr Herren der Deutschen Front in die unselige Sklaverei des Arbeitsdienstes mit Euren verlogenen Phrasen getrieben. Wir glauben, daß das Euch gut gefallen hat, so billige Arbeitskräfte kann man nur noch bei den chinesischen Kulis finden. Für 20 Pfennig am Tag 8 Stunden schwerster Arbeit, bei völlig ungenügender Verpflegung, das ist wirklich ein "braunes Paradies". Da begreift jeder, warum die deutschen Kapitalisten mit so schwärmerischer Liebe an ihrem Adolf hängen. Und, was habt Ihr getan mit diesen jungen Menschen, die sich auf Eure Phrasen vertrauend für den Arbeitsdienst einfangen ließen? Ihr habt sie im Dreck und Hunger verkommen lassen. Ihr (zu der Deutschen Front) seid doch sonst so redselig, jetzt gebt Antwort auf die Anklage eines saarländischen Vaters, der seinen Sohn Eurer verbrecherischen Profitsucht opfern mußte. Was sagt Ihr zu diesem Brief, den ein unglücklicher Vater an Euch schrieb. Es heißt da in dem Briefe:" Mein Sohn erkrankte plötzlich auf dem Wege zur Arbeitsstelle vorschriftsgemäß meldete er sich bei dem Herrn Gruppenführer krank. Trotzdem mein Sohn schon nicht mehr

<u>allein</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 1

216

allein gehen konnte, befahl dieser Herr den Weitermarsch zur Arbeitsstelle auf zwei Kollegen gestützt, nahmm man ihn aus der Mitte des Zuges und ließ ihn am Schluß des Zuges mit marschieren. Auch ging es jetzt nicht besser. Nun befahl der Truppführer den Weitermarsch an der Spitze des Zuges, sodaß mein Sohn durch die Fußtritte seiner Kameraden vorwärts geschoben wurde. Auf der Arbeitsstelle - genannt "wildes Moor" in Rensburg- Schleswig-Holstein, konnte mein Sohn nicht arbeiten. Mit 40° Fieber ließ man ihn hier drei Tage liegen.

Und was habt Ihr zu antworten, Ihr Herren von der Deutschen Front? Die Angaben des Beschwerdeführers sind auf Grund von Zeugenvernehmungen im Lager bestritten worden. Und was er dann weiter sagt, übersteigt alles an Brutalität und Gemeinheit, was eines Menschen Hirn sich ausdenken kann. Der Sohn des Beschwerdeführers ist am 22. Juli 1934 beerdigt worden. Das ist die Sprache von Zynikern und Schurken, denen ein Menschenleben überhaupt nichts mehr gilt. Es zeigt, wie hoch Ihr das Leben eines Jungarbeiters einschätzt. Ein Stück Vieh, das ist Euch wertvoll, man kann es verkaufen-, aber ein Jungprolet, was spielt sein Leben für eine Rolle für Euch, es gibt soviel davon.

Solche Dokumente gibt es hunderte, doch für Euch war der freiwillige Arbeitsdienst noch mehr. Für Euch war der FAD. gleichzeitig die am besten getarnte Filiale der Gestapo an der Saar. Hier hilft kein Leugnen, daß Sie, wie gewöhnliche Achtgroschenjungen Gegner ihrer Gesinnung mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes den braunen Henkern in die Arme spielten. In der Anlage 13a des Entwurfs der Regierungskommission, die in zweifacher Beziehung für die saarländischen Werktätigen sehr interessant ist, wird ein wenig der Schleier über Eurem Treiben gelüftet.

In einem Brief, den Ihre Dienststelle hier an der Saar an das Arbeitsdienstlager Kretschamberg bei Bunzlau heißt es u.a.: " Wie Sie aus beiliegendem Protokoll ersehen, befindet sich in Ihrem Arbeitsdienstlager ein" - und wir sind sogar in der Lage, Ihnen den Namen zu nennen, nämlich der Jungarbeiter Wagner-Dudweiler, Schlachthofstraße, der sich in seinem Briefe in sehr abfälliger Form über das "Dritte Reich" und unseren Führer äußert. Er fordert seine Verwandten auf, ihm staatsfeindliche Zeitungen zu schicken und will nun unter dem Vorwand seine Mutter liege im Sterben, in's Saargebiet wieder zurück. Hier wird also durch Sie selbst bestätigt, daß Schnüffler der "Deutschen Front", üble Figuren, das Privatleben saarländischer Arbeitsdienstler überwachen, um sie den braunen Schergen ans Messer liefern zu können. Ich erspare mir jede weitere Bemerkung zu einem solchen Verhalten, das sich in den Augen aller anständig denkenden Menschen von selbst als schmachvoll und schändlich charakterisiert.

(Zuruf des Abg. Dr. Schweig(DF): Wenn es Zweck hätte, würde ich Ihnen den Gegenbericht vorlegen!)

(Zuruf des Abg. L'hoste(KP): Schwindelbericht!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter L'hoste, ich rufe Sie zur Ordnung!

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

(Zuruf des Abg. L'hoste(KP): Herr Präsident, ich bitte die (auf die Deutsche Front zeigend) zur Ordnung zu rufen!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Ordnung.

Abg. Hey (KP)fortfahrend: Doch dieser Spitzelbrief enthält noch ein anderes, nicht weniger bezeichnendes Eingeständnis.

"Da wir schon genügend Hetzer hier im Saargebiet haben," so heißt es in diesem Spitzeldokument weiter, die uns in unseren Abstimmungsvorbereitungen sehr viel Schwierigkeiten machen, so wollen sie sich einmal dieses Dienstfreiwilligen annehmen und entsprechende Maßnahmen einleiten, damit diesem Schädling das Handwerk gelegt wird."

Wir danken Ihnen für dieses ungewollte Eingeständnis über die Stärke der antifaschistischen Bewegung an der Saar, das sich allerdings im Munde von Leuten, die landauf, landab mit ihren 93 % hausieren gehen, merkwürdig genug ausnimmt. Aber wir ersparen Ihnen hier die Antwort nicht darauf, wohin hat dieser niederträchtige Lump, der diesen Brief verfaßte, den Jungarbeiter Wagner gebracht. Seit 8 Wochen wissen die Eltern des Jungarbeiters Wagner trotz unaufhörlicher Telegramme nicht, was aus ihrem Sohn geworden ist. Was habt Ihr mit ihm getan? Heraus mit der Sprache. Ihr Herren, habt Ihr ihn schon ermordet oder laßt Ihr ihn in einem Konzentrationslager zu Tode foltern? Antwortet, Ihr seid die Schuldigen! An Euch werden wir uns halten! Wir sind hier noch nicht im Dritten Reich. Im Reich könnt Ihr eine solche Frage unterdrücken, aber wir können noch reden und wir werden nicht aufhören zu fragen, wo ist Wagner. Heraus mit ihm aus Eurem Henkerreich ! Allen Jungarbeitern an der Saar werden diese unglaublichen Vorgänge eine Warnung sein, nicht ihr junges Leben herzugeben für dunkle Pläne. Nicht länger dürfen sich die Jungarbeiter geistig und seelisch zu Grunde richten lassen. Nicht länger dürfen sie es dulden, von Euch zu Arbeits-und Schlachtvieh eines kommenden Krieges erniedrigt zu werden. Aber auch an alle werktätigen Eltern, vor allem an die Mütter, richten wir unseren Appell. Habt Ihr dazu Eure Söhne geboren, um sie von einer Bande entsittlichter und verantwortungsloser sogenannter Jugenderzieher körperlich zerbrechen und ins Grab bringen zu lassen?

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Hey, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung.

Abg. Hey(KP) fortfahrend: Habt ihr sie geboren, damit sie für 20 Pfennig am Tag für die Reichen billige Arbeit leisten und mithelfen, sich die eigenen Massengräber des kommenden Krieges zu graben. Glaubt kein Wort mehr diesen Heuchlern von der Deutschen Front! Ihr werdet die Lehren mit dem Blut eurer eigenen Kinder bezahlen müssen. Ist das

zuviel

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

zuviel gesagt ? Nun zum Schluß noch ein Dokument, das Euch die Maske von Eurer heuchlerischen Fratze reißt.

In einem Brief der Landesführung der Nationalsozialistischen Partei, Abtl. Freiwilliger Arbeitsdienst, an den Major a.D. Neue, Berlin, Charlottenstraße, in dem die Geistlichen offen verhöhnt werden.

"Sollte es in den evangelischen Gegenden an katholischen Geistlichen fehlen, so wäre vielleicht vorzuschlagen, daß ein Pater oder ein sonstiger Heiliger als Wandergeistlicher auftritt, damit die jungen Leute auch bestimmt alle in den Himmel kommen. Besser hätten auch wir Kommunisten den katholischen Werktätigen nicht sagen können, was Ihr in Wirklichkeit von ihrer "Religionsfreiheit" halten. Herr Pfarrer Wilhelm, heute haben Sie Gelegenheit, als Verteidiger Ihrer Religion hier aufzutreten und die braune Kulturschande, den braunen Zynismus zu geißeln. Heute haben Sie Gelegenheit, sich einzusetzen gegen die Verfolgungen der katholischen Werktätigen und der Priester in Hitlerdeutschland und die ganze Verlogenheit Ihrer Gesinnungsfreunde von der Deutschen Front aufzuzeigen. Nehmen Sie sich ein Beispiel an dem jungen tapferen Geistlichen, der in Sulzbach offen und mutig auftrat und die werktätigen Katholiken an der Saar aufrief, gemeinsam mit uns Kommunisten und Sozialisten in der Antifaschistischen Front den Kampf gegen den gemeinsamen Feind Hitlers zu führen.

(Bravo-Rufe der Kommunisten)

Ist es ein Wunder, daß sich angesichts solcher Tatsachen in steigendem Maße das Vertrauen der Werktätigen Bevölkerung an der Saar der Antifaschistischen Front und ihrem Kampf für den Sieg des Status quo zuwendet ? Die Wahrheit setzt sich durch! Trotz der riesigen Überlegenheit der Geldmittel, die der Deutschen Front aus dem Fonds des deutschen Reichspropagandaministers Goebbels zur Verfügung stehen. Es formiert sich immer unaufhaltsamer die breite Front derer, die über alle Schranken der Partei und Konfession hinweg sich mit uns zum Kampf gegen den Anschluß an das Dritte Reich vereinigen. Sulzbach, das ist ihnen in die Knochen gefahren, den Herren von der Deutschen Front! Hunderttausend werktätige Saarländer marschieren auf. Hunderttausend! Und sie haben ein feierliches Gelöbnis abgelegt, alle ihre Kräfte gemeinsam einzusetzen, damit uns an der Saar die Segnungen des Dritten Reiches erspart bleiben. Wir sind in der Offensive und glauben sie es, keine Provokation der Deutschen Front wird imstande sein, sich der antifaschistischen Lawine in den Weg zu stellen. Ihr(zu der Deutschen Front) habt den 13.Januar gewünscht - lang ist es her- nun sollt Ihr ihn haben, einen 13.Januar, an dem Euch Hören und Sehen vergeht. Wir haben Euren Terror satt. Die Saarländer werden sich nie der braunen Kutte beugen. Ihr schreit sinnlos vor Wut und Angst: " Separatisten, Marxisten und Landesverräter" sind für den Status quo. Euer Geschrei wird Euch nichts helfen. Die werktätigen Massen, die Ihr für Stimmvieh haltet, sehen sehr gut, was im "Dritten Reich" los ist. Sie sehen, daß man, wie in Kriegs- und Inflationszeiten Kartoffeln und Margarine bekommt. Sie sehen, daß sie anstelle anständiger Stoffe mit Ersatzmitteln abgespeist werden. Die Saarländer wissen sehr gut, daß der Export gleich null, daß die Golddeckung für die Mark futsch ist und die Inflation vor der Türe steht. Denkt Ihr, es sei den Kumpels

<u>im</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

219

im Schacht unbekannt, daß allein im Ruhrgebiet auf den Halden unabsetzbar 10 Millionen Tonnen Kohlen liegen, das ist eine Jahresproduktion an der Saar. Und da sollen die Kumpels noch auf den Schwindel der "Deutschen Front" hereinfallen, nach der Rückgliederung gäbe es sogar mehr Arbeit für sie. Ihr glaubt, die Kleinrentner und Pensionäre dadurch einschüchtern zu können, daß Ihr Gerüchte verbreitet, daß, wenn der Status quo siegt, sie kein Recht mehr auf ihre Renten hätten. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wenn der Status quo siegt, dann wird der Versicherungsträger auf Grund internationaler Verpflichtungen und Verträge jedem Pensionär und Rentner an der Saar seine ungekürzte Rente zahlen müssen, während im Reich auf ihn der bereits durchgeführte 30 bis 40 % ige Rentenraub wartet. Das ist die Wahrheit! Ab und zu verrät auch die nationalsozialistische Presse, wohin der Weg geht. Kumpels in den Schächten, lest, was die schwerindustrielle Bergwerkszeitung in Essen an der Ruhr zur Frage der Knappschaftsversicherung u.a. schreibt: "Wer gibt den Bergarbeitern im nationalsozialistischen Staat der Volksgemeinschaft das Recht, eine besondere Stellung in der Sozialversicherung einzunehmen... alle Volksgenossen müssen gleichgestellt werden. Man muß die Knappschaft in die allgemeine Reichsinvalidenversicherung einbauen."

Zu deutsch: Weg mit der Reichsknappschaft! Schluß mit den Knappschaftsrenten und Pensionen. Die Kumpels haben zwar das Recht, höhere Beiträge zahlen zu dürfen, während die Knappschaftsversicherung zerschlagen wird und die Leistungen abgelehnt werden.

Das erwarten die Bergarbeiter, nicht besser wird es den Metallarbeitern gehen. Dieser deutsche Volksgenosse Röchling, heute schon mit niedrigeren Löhnen bezahlt als die französischen Grubenkapitalisten ihre Kumpels. Hitler an der Saar, das wäre eine Katastrophe für alle. Fast völlige Stillegung der Zechen und Hütten, das wäre die unmittelbare Folge und auch dem Mittelstand, den werktätigen Kleingewerbetreibenden ist der Ruin sicher. Niemals könnten sie mit der modernen deutschen Industrie und ihren Erzeugnissen konkurrieren und die Massennot der Arbeiter wäre auch ihr wirtschaftlicher Tod. Um kein Haar anders, würde es den Kleinbauern an der Saar ergehen. Das in Deutschland bei den Kleinbauern tödlich gehaßte Erbhofgesetz würde auch sie ans Messer liefern. Die Kleinbauern im Hochwald wissen ihren Kollegen an der Saar ein Liedchen zu singen, wie ihre "Rettung" durch die Hitlerregierung ausgesehen hat. Sie sind samt und sonders am Verhungern, erdrückt von Steuern und Zinslasten. Kein selbständiger Verkauf der Produkte mehr, alles, was mit saurem Schweiß erarbeitet wurde, geht an die Genossenschaften, die in den Händen der Junker sind und diese diktieren die Preise. Preise, die den Kleinbauern in den Ruin treiben und ihn um die Früchte seiner Arbeit bringen. Das steht zwar nirgends in den Zeitungen der Deutschen Front geschrieben, aber auch die irregeleiteten Anhänger und Werktätigen der Deutschen Front, das werden die Pirronesen nicht verhindern können, werden es erfahren und ihre Schlüsse daraus ziehen. Nicht wir sind es, Hitler, der das deutsche Volk in die Katastrophe führt ist es, der den Anschluß an Deutschland jetzt verhindert!

In Ehrenbreitstein hat Hitler in der Erkenntnis, daß die Mehrheit der saarländischen Werktätigen, Feinde des Nationalsozialismus sind, angekündigt, daß, wenn die Stunde der Rückgliederung ans Dritte Reich kommen würde, er den Gegnern

<u>seines</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

220

seines Systems „Versöhnung" anbietet. Das kann vielleicht ganz gut wirken auf einige von den ewig Dummen, die nicht alle werden. Aber Kommunisten, Sozialisten und mit ihnen die werktätigen Katholiken an der Saar, sie werden sich auch durch solche Töne nicht auf den Leim führen lassen. Hitler hat schon mehr als das versprochen und nicht gehalten. Die anderthalbjährige Regierungszeit der Nationalsozialisten ist eine ununterbrochene endlose Reihe des Bruchs solcher Versprechungen. Solche Versprechungen sind ein reiner Schwindel. Die braune Mordregierung, die nicht davor zurückschreckt, selbst den Mord des Regierungsoberhauptes eines anderen Landes zu organisieren, ihr glauben die Werktätigen an der Saar nicht. Die werktätigen Katholiken, die gestern wieder in der Landeszeitung lesen konnten, daß katholische Jungarbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur DJK. verhaftet wurden, sie wissen, daß die Mörder von Probst und Klausener ihnen keine Garantien geben können. Anderthalb Jahre haben die Katholiken an der Saar Gelegenheit gehabt, festzustellen, wie tagtäglich aufs neue das abgeschlossene Konkordat mit Füßen getreten und seine Verpflichtungen wie ein Fetzen Papier von den Nationalsozialisten behandelt wurde.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Hey, ich bitte zum Schluß zu kommen. Ihre Redezeit ist bereits überschritten.

Abg. Hey (KP) fortfahrend: Genau so, das wissen Sie alle, würde Hitler seine billigen Versprechungen von Ehrenbreitstein einhalten mit Arbeitermord, Konzentrationslager für Antifaschisten, Katholiken und Judenverfolgung. Nur Narren können noch etwas auf solche Worte geben. Die nächste Unwahrheit, die Hitler in Ehrenbreitstein auftischte, war die, die Nationalsozialisten würden im Falle einer Rückgliederung an Hitlerdeutschland, die Wunden der saarländischen Wirtschaft heilen. Angesichts der von mir hier schon dargestellten Katastrophe, in die die deutsche Wirtschaft durch den Niedergang des kapitalistischen Systems und die Herrschaft der Nationalsozialisten hineingetrieben worden ist, charakterisieren sich diese Worte als ein purer Schwindel. Die braunen Herrscher, die die Massennot nur noch unendlich vergrößert haben, glauben doch wohl selbst nicht mehr so recht daran, mit solchen Lügen noch große Massen der saarländischen Werktätigen einwickeln zu können.

Der Anschluß an das Dritte Reich, so verkündete Hitler in Ehrenbreitstein dann weiter, würde den Frieden und damit die endgültige Verständigung mit Frankreich bringen. Wir Kommunisten wissen, was wir von solchen Friedensreden der Nationalsozialisten zu halten haben. Nach der Niederlage der braunen Terrorpolitik in Österreich, nach der Verschacherung Danzigs an die polnischen Imperialisten, soll umgekehrt gerade der Sieg des Nationalsozialismus an der Saar dazu dienen, die chauvinistische Welle in Deutschland noch einmal mit allen Mitteln aufzupeitschen. Das Umgekehrte ist in Wirklichkeit der Fall. Der Anschluß an Hitlerdeutschland bedeutet den Krieg! Oder glaubt Hitler, daß die Werktätigen an der Saar vergeßlich sind. Sie erinnern sich sehr gut an die Reden seiner Trabanten in denen seit Wochen und Monaten ganz offen angekündigt sind, nach der Saar kommt Elsaß-Lothringen, d.h. der Krieg. Wozu denn sonst die wahnsinnigen Aufrüstungen zur

gleichen

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

221

gleichen Stunde, in der man salbungsvoll von Frieden spricht. Indem wir Kommunisten und Sozialisten an der Saar den Kampf für den Sieg des status quo führen, führen wir den Kampf gegen den Hauptkriegstreiber in Europa, stehen wir also als deutsche Proletarier mit unseren Brüdern im Reich gemeinsam in einer Front mit den Arbeitern aller europäischen Länder für die Erhaltung des Friedens gegen die imperialistischen Kriegshetzer!

Hitler ist nicht Deutschland! Hitler ist Faschismus und Krieg, die das deutsche Volk in den Abgrund treiben. Die deutschen Werktätigen an der Saar vor diesem Abgrund zu bewahren, das ist unsere heiligste Pflicht und die 100 000 in Sulzbach zeigen, daß in immer schnellerem Tempo die Zahl derer anschwillt, die entschlossen sind, mit allen Mitteln den Kampf für den Sieg des Status quo zu führen. Aus Hitlers Rede spricht die Angst. Er wendet sich an alle Deutschen und gibt so zu, daß die Nationalsozialisten allein niemals imstande sein würden, die Rückgliederung ans Reich durchzusetzen. Hinter dem Wörtchen deutsch versteckt sich seine ganze Angst vor den werktätigen Massen, denn die Deutschen, von denen er spricht,das sind die Arbeiter, die entweder zu Hungerlöhnen arbeiten oder erwerbslos sind. Das ist der Mittelstand und die Kleingewerbetreibenden, der Kleinbauer, der untere Angestellte und Beamte, die vor wirtschaftlichen Nöten nicht ein noch aus wissen.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Hey, ich bitte jetzt zum Schluß zu kommen.

Abg. Hey (KP): Wir haben festgelegt, daß es auf 5 Minuten nicht ankommt.

Vorsitzender: Das ist nicht richtig!

Abg. Hey(KP)fortfahrend: Es geht an der Saar jetzt nicht um Deutschland oder, wie die Deutsche Front es behauptet, um Frankreich, es geht um die Verteidigung, Erhaltung und Vermehrung der demokratischen Rechte und Freiheiten, sowie der Existenzbedingungen des schaffenden Volkes gegen die faschistische Konterrevolution.

(Bravo-Rufe der Kommunisten !)

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

rsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lieser !

g. Lieser (SP): Meine Dame und meine Herren! Zu einer Jahreszeit, in der alle Parlamente die Vorteile der Ferien genießen, steht der Landesrat des Saargebietes mit seinen Arbeiten in einer Hochkonjunktur, ein Beweis der Lebendigkeit einer politischen Bewegung, die wir im Saargebiet zu erleben die Ehre haben. Zwei Tage sind seit dem 26.August 1934 verstrichen, der eine weltgeschichtliche Bedeutung erlangt hat und der Landesrat hat zwei Verordnungsentwürfe zu beraten und zu begutachten, die in direktem Zusammenhang mit dieser Bewegung stehen. Ich habe von meiner Fraktion den Auftrag, die Vorlagen von der sachlichen Seite aus zu besprechen und zu begutachten. Dies und die weitere Tatsache, daß mein Freund Max Braun die politische Seite berühren wird und mit Rücksicht auf die mir zur Verfügung stehenden kurzen Redezeit von nur einigen Minuten veranlaßt mich, nur einen Satz den politischen Betrachtungen meines Fraktionskollegen Braun vorauszuschicken. Ich will nochmals auf den Unterschied der Kundgebungen in Sulzbach und Koblenz hinweisen, der darin besteht: In Sulzbach haben an hunderttausend aufrechte Saarbewohner die Wahrheit gesucht, gefunden und verteidigt, während ungefähr die gleiche Zahl Verängstigter, unter Terror und Druck gesetzte, teilnahmslose Menschen nach Koblenz geführt wurden mit der Aufforderung, einen Löffel mitzubringen. Nicht um damit Weisheit zu schöpfen. Gott bewahre, sondern von wegen des Eintopfgerichts, sagte man. Aber auch das war der wahre Grund nicht, denn man wollte in Koblenz nichts weiter, als die "herbeigeströmten" Saarländer gehörig über den Löffel barbieren. Ob dies gelungen ist, wird der 13.Januar 1935 beweisen. Nun zur Sache selbst. Zu Punkt 1 der Tagesordnung liegt ein Verordnungsentwurf zur Begutachtung vor, in dessen Kürze zwar nicht die Würze, aber umsomehr die Gefährlichkeit liegt. Nach diesem Entwurf können Druckschriften, welche eine Veröffentlichung enthalten, durch welche ein Staatsoberhaupt beschimpft wird, polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Die Vorlage verdankt ihren Ursprung einer Note der deutschen Reichsregierung. Als getreuer Diener hat die Regierungskommission sofort erkannt, daß die besonderen Verhältnisse des Saargebietes es erforderlich machen, fremde Staatsoberhäupter gegen Beschimpfung durch die Presse zu schützen. Nirgends ist gesagt, was man sich unter einer Beschimpfung vorstellt. Wir haben in Deutschland tausende von Fällen erlebt, wo deutsche Staatsangehörige wegen einer harmlosen Bemerkung, wegen einer gesunden und sachlichen Kritik, weil sie als Beschimpfung des "Führers" ausgelegt wurde, zu monate-, ja jahrelanger Gefängnisstrafe verurteilt wurdem. Ein Staatsoberhaupt, das derartiges duldet, muß schon ein schlechtes Gewissen haben. Ist es eine Beschimpfung, wenn die Presse Tatsachen feststellt, die ein Staatsoberhaupt als eine Beschimpfung empfindet,nur weil diese Tatsachen ihm unangenehm sind? Ohne mich in eine juristische Betrachtung zu begeben, zeigen die Beispiele,daß durch die Vorlage der Willkür Tür und Tor geöffnet sind, die Vorlage eine Handhabung bietet, einseitig die antifaschistische Presse zu treffen und so den Abstimmungskampf einseitig zu beeinflussen. Nehmen wir den Präsidenten des Saargebietes als "Staatsoberhaupt" aus - die Blätter der sog.Deutschen Front müßten sonst wegen dessen Beschimpfung dauernd eingezogen werden-, so würde sich die Verordnung nur gegen die Blätter auswirken, die noch den Mut aufbringen und die Verpflichtung haben, berechtigte Kritik an Personen zu üben,die als

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 1

223

als Staatsoberhäupter nicht über dem Volke stehen, sondern aktiv in den rauhen politischen Tageskampf herabsteigen. Die Organe der sog.Deutschen Front - es sind zwar Redakteure darunter, die keinen Hehl daraus machen, daß sie anders denken, als sie schreiben müssen-, werden in ihrer byzantinischen, speichelleckerischen Art und Schreibweise durch die Verordnung kaum betroffen. Die deutsche Note sprach auch von Beschimpfungen toter Staatsoberhäupter. Ist es keine Beschimpfung, wenn deutsche Beamten im Saargebiet das Bild des ersten Reichspräsidenten Ebert, dem dieselben Beamten am Grabe nachrühmten, daß er als großer Staatsmann das deutsche Vaterland gerettet habe, aus Staatsbüros entfernen und es durch das Bild des Staatsoberhauptes Hitler ersetzen? Eine solche Beschimpfung übersieht man gern. Ich will weiter nicht von der täglichen Beschimpfung Deutscher im Saargebiet durch das deutsche Staatsoberhaupt und seiner ihm untergeordneten Organe reden, nur weil diese Deutsche von einem ihnen legal gegebenen und durch Deutschland anerkannten Rechte Gebrauch machen, sich am 13. Januar zu entscheiden so oder so, sondern begnüge mich mit der Feststellung, daß der Verordnungsentwurf in seinen paar Worten soviele Fußangeln enthält und Unsicherheit auslöst, daß wir ihm unsere Zustimmung nicht geben können.

Nun noch einige Worte zur zweiten Vorlage der heutigen Tagesordnung.

Die wirtschaftliche Krise, die, wie die letzten zwei Jahre in Deutschland zeigen, nicht auf nationalem Gebiete beseitigt werden kann, sondern ihre Lösung nur durch internationale Vereinbarung einer vernünftigen Wirtschaftspolitik findet, hat besonders den jugendlichen Arbeiter hart betroffen und aus dem Produktionsprozeß geschleudert. Täglich muß man wahrnehmen, daß der Lehrling seine erste Arbeitsstelle nach Beendigung seiner Lehrzeit auf dem Stempelamt findet. Durch die Länge der Krise sehen sich die maßgebenden Faktoren gezwungen, dem jungen Menschen ein Betätigungsfeld zuzuweisen, das ihn auf gesunder Bahn zum Wohle und Nutzen der Gesamtheit hält. Wer wollte an diesem Werke nicht mitarbeiten? Damit will ich sagen, daß auch wir keine grundsätzlichen Gegener des freiwilligen Arbeitsdienstes sind, solange dadurch nicht die Existenz des Einzelnen, die Existenz der Gesamtarbeiterschaft, die Existenz des Gesamtvolkes gefährdet ist. Freiwilliger Arbeitsdienst kann, wenn er in richtiger Weise, ohne Hintergedanken aufgebaut ist, kulturell und wirtschaftlich einem Volke dienen und die Hemmungen einer Wirtschaftskrise mildern. Aber nur so weit kann man ein Freund der neuen Erscheinung der wirtschaftlichen Krise sein. Wird diese Erscheinung selbst eine politische Frage, zur Lösung einer politischen Frage oder zur Beeinflussung eines politischen Kampfes mißbraucht, dann muß mit allen Mitteln dieses unehrliche Spiel beendet werden. Die Vorlage, durch die dieses Ziel erreicht werden soll,stützt sich auf das beigegebene Material einer Beschlagnahmung der Deutschen Front. Die Deutsche Front fühlt sich wie immer unschuldig. Und das ist schon gefährlich. Vielleicht ist in diesem Falle eine Kritik der Deutschen Front nicht ganz unberechtigt, denn die Regierungskommission duldet ja selbst, daß ihre eigenen untergeordneten Stellen - so konnte man wenigstens in der Presse lesen- Vermittlungsstellen für den deutschen Arbeitsdienst eingerichtet hatten. Vielleicht trägt bei der Vermittlung in den freiwilligen deutschen Arbeitsdienst auch die Unentschlossenheit der Regierungskommission, den freiwilligen Arbeitsdienst im Saargebiet rechtzeitig einzuführen, mit eine

Schuld.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

Schuld. Das bereits besprochene Material, das der Vorlage beigegeben ist, genügt uns als Beweis, wofür und zu welchem Zwecke die Werbung für den freiwilligen Arbeitsdienst im Dritten Reiche gefördert wurde. Zu dieser besonderen Absicht noch einen weiteren Beweis. Die Regierungskommission des Saargebietes hat unter dem 8.November 1933 eine Verordnung beschlossen, welche die Richtlinien betreffend die Förderung freiwilliger Jugendarbeit im Saargebiet enthält. Diese Richtlinien können zum Vergleich des deutschen freiwilligen Arbeitsdienstes nicht einmal als ungünstig angesehen werden. Hier war also Gelegenheit geboten, den jungen erwerbslosen Menschen an der Saar ein Betätigungsgebiet zuzuweisen. Von dieser Einrichtung wurde aber trotzdem nur sehr wenig Gebrauch gemacht, ein Beweis, daß man in maßgebenden Kreisen, denen die Jugend so sehr am Herzen liegt, garnicht die Absicht hatte, die jungen Erwerbslosen von der Straße zu bringen.Warum florierte im Saargebiet die Förderung der freiwilligen Jugendarbeit so schlecht ? Vielleicht hat ihr § 16 der Richtlinien den Todesstoß versetzt, der lautet: "Das Landesarbeitsamt hat darüber zu wachen, daß die freiwillige Jugendarbeit nicht zu politischen oder wehrsportlichen Zwecken mißbraucht wird. Ein solcher Mißbrauch hat die Auflösung der betreffenden Jugendarbeit zur Folge." Hierin liegt des Pudels Kern. Da man die jungen Leute nicht zu politischen oder wehrsportlichen Zwecken mißbrauchen kann, hat man kein Interesse daran und zieht den freiwilligen Arbeitsdienst im Dritten Reich vor. Durch dessen Förderung glaubte man seine Absicht besser erreichen zu können. Die Opfer dieses Systems sind jetzt schon im Einzelnen und später in ihrer Gesamtheit die jungen Menschen selbst.

Die Vorlage sucht dies zu vermeiden und deshalb stimmen wir ihr zu.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Braun!

Abg. Braun (SP): Meine Dame und meine Herren! Zur ersten Vorlage möchte ich sagen, daß man es bedauern kann, daß die sogenannte fremdländische Regierungskommission zum Schutze des deutschen Staatsoberhauptes herangeholt werden muß, dessen Taten die Wahrheit zu fürchten haben. Das war früher anders. Das haben wir in den verflossenen, so viel geschmähten 14 Jahren der Republik nicht gekannt. Die Taten dieser Republik hatten nicht notwendig, durch Verordnungen der Regierungskommission geschützt zu werden. Das bleibt der glorreichen Despotie des Dritten Reiches vorbehalten. Aber selbst wenn die Verordnung der Regierungskommission uns den Mund verstopfen wollte, es gilt immer noch das Wort, daß das Werk der Spiegel des Mannes ist, und seine Taten nach 1 ½ jähriger Regierungstätigkeit, sprechen eine bedenklichere Sprache, als das schärfste Pamphlet enthalten könnte. Ich würde das Erbe dieses Mannes noch verfluchen, wenn er längst von der politischen Bühne abgetreten sein wird. Es ist nicht leicht für die Presse, zu wissen, was man unter Beleidigung des deutschen Staatsoberhauptes versteht. Die angesehene englische Zeitung "The Times" hat vorgestern festgestellt, daß die Nazis und ihr Führer Hitler sich schon beleidigt fühlen, wenn man sie nicht bewundert, und dazu reicht es an der Saar nicht. Ich darf vielleicht Herrn Staatskommissar bitten, die Regierungskommission noch einmal mit allem Nachdruck darauf aufmerksam zu machen, daß alle antifaschistischen Zeitungen im Dritten Reich verboten sind, während den meisten Zeitungen des Dritten Reiches ungehindert Eingang ins Saargebiet gelassen wird. Diese zweifellos parteiische Handhabe bedarf der Abänderung. Wir weisen noch mit allem Nachdruck darauf hin, Herr Staatskommissar, daß jeden Tag maßlose Beschimpfungen der Hitlergegner an der Saar sowohl durch Mitglieder der Reichsregierung, wie durch den hitleramtlichen deutschen Rundfunk, wie durch die von Goebbels kontrollierte Hitlerpresse, wie durch Versammlungen, Reden usw. erfolgen. Auch da wäre es Pflicht der Regierungskommission, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß hier Abhilfe geschaffen wird.

In dem Zusammenhang möchte ich einen Fall herausgreifen aus der Knutenpolitik des Dritten Reiches. Der Herr Reichskanzler des Dritten Reiches, der Reichsführer oder Parteiführer hat in Ehrenbreitstein den Ausdruck geprägt, daß alle Leute, die gegen ihn stehen, Judasse sind. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Versailler Friedensvertrag, den Deutschland unterschrieben hat, und den der Herr Hitler durch seine Unterschrift unter den Viermächtepakt nochmals ausdrücklich bestätigt hat, daß dieser Friedensvertrag alle Meinungen an der Saar, soweit sie dem Friedensvertrag entsprachen, ausdrücklich unter seinen Schutz stellt, und daß jede Beschimpfung einer anderen Auffassung an der Saar als der Hitleramtlichen, zweifellos gegen den Friedensvertrag verstößt. Aber auch das Abkommen vom Mai dieses Jahres ist von dem Sonderbevollmächtigten des Dritten Reiches, von Lersner, unterschrieben worden und ich betone nochmals, daß wir uns diese Einmischung in die Saarabstimmung nicht gefallen lassen. Ich protestiere dagegen, daß uns notorische Mörder, Brandstifter, verbrecherische Psychopathen, Lügner und Verleumder Judasse nennen können.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

226

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Braun, ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Braun (SP): Sie haben recht Herr Präsident, aber die Behauptung bleibt doch die Wahrheit.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung habe ich meiner Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, daß von den hier als Zentrumsvertreter gewählten 14 Katholiken der ehemaligen Zentrumsfraktion niemand Protest erhoben hat gegen die unglaubliche Verhöhnung, die in den Dokumenten des Freiwilligen Arbeitsdienstes gegen die Katholiken erfolgt ist. Wir nehmen das ad notam, wie so manches, das uns immer unverständlich bleibt von Seiten gewisser Leute. Aber interessant war die Feststellung des Redners der Braunen Front, daß auch künftig die Saarländer den Weg zum Freiwilligen Arbeitsdienst im Dritten Reich finden werden. Wir machen mit allem Nachdruck auf diese besonders gute Beachtung saarländischer Vorschriften aufmerksam seitens jener Leute, die im selben Atemzug hier erklären, daß es bei ihnen keine Übertretung der Gesetze gibt. Auch ist festzustellen, daß die Dokumente den Nachweis erbracht haben, daß genau wie im Falle Österreich, jenseits der 50 km. Zone nun auch eine Saarlegion für die Terrorisierung der Saarländer ausgebildet ist und zu diesem Zwecke bereitgestellt wird. Ich möchte hier nochmals mit allem Nachdruck auf den zunehmenden Terror der Deutschen Front an der Saar aufmerksam machen. Wir haben die Tränengasbomben-Anschläge in Sulzbach erlebt, das sind die Früchte dieser Volkserziehung, dieses hitlerischen Arbeitsdienstes. Wir haben heute die Beschimpfung des Paters Dörr erlebt, und ich möchte Herrn Pfarrer Wilhelm nur sagen, wenn er den Mann für nicht recht gescheit hält, begreife ich nicht, warum die meisten katholischen Geistlichen des Saargebietes die Auffassung des Pastors Dörr teilen.

(Zuruf des Abg. Wilhelm(DF): Das ist ja Quatsch!)

(Zuruf des Abg. Kiefer(DF): Sie haben es nicht notwendig sich als Anwalt und Vertreter der Katholiken aufzuspielen!)

Ich gebe nur meiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß ein Geistlicher einen anderen Geistlichen als nicht recht gescheit bezeichnet hat. Ich will nicht in den Ton verfallen, wie einzelne Leute, ich will hier nur zeigen, wie hoch wir die politische und theologische Ignoranz gewisser Leute in diesem Hause einschätzen.

Ich habe einen weiteren Fall des Terrors noch hinzuzufügen, das ist die dauernde Lokal-Abtreibung im Saargebiet. Es ist so, daß tausende von Saarländern kein Lokal bekommen können, nicht, weil die Wirte nicht bereit sind, sondern weil sie sich weigern aus Furcht vor Vergeltungsmaßregeln nach 1935 und ähnlicher Maßnahmen, die organisiert von der Deutschen Front durchgeführt werden, daß diese Leute heute ohne Versammlungslokal sind. Wie unter solchen Umständen eine freie und unbeeinflußte Abstimmung möglich sein soll, ist mir ein Rätsel. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn in der heutigen Sitzung der Sprecher der Deutschen Front mit 1935 mit der Rückgliederung droht. Er hat gesagt, nur noch 133 Tage. Das kann er nicht widerlegen. Ich wundere mich, daß er vom Präsidenten keinen

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

keinen Ordnungsruf bekommen hat. Aber das entspricht der ganzen Mentalität der Deutschen Front, daß in der Form vorgegangen wird,

Ich habe auch namens der Einheitsfront des Saargebietes aufs schärfste Protest zu erheben gegen die immer noch anhaltenden Verhaftungen von Saarländern im Dritten Reich. Insbesondere weise ich darauf hin, daß in den letzten Tagen der Vorsitzende unserer Ortsgruppe in Außen, der im Saargebiet geboren und abstimmungsberechtigt ist, im Dritten Reich beim Besuch eines Verwandten verhaftet worden ist. Ich bitte den Herrn Staatskommissar und die Abstimmungskommission, mit allen Mitteln darauf zu wirken, daß derartige Verhaftungen vermieden werden, und daß die freie und unbeeinflußte Abstimmung gewährleistet wird. Auch von Seiten des Völkerbundes muß gegen derartige Dinge vorgegangen werden.

Ich darf darauf hinweisen, daß aus authentischen Berichten uns bekannt ist, daß für die Teilnahme in Ehrenbreitstein in bestimmten Betrieben des Saargebietes den Arbeitern die 20 Franken vom Lohn abgezogen worden sind. Wir erheben gegen diese Art der Beeinflussung abstimmungsberechtigter Saarländer von dieser Stelle aus scharfen Protest. Überdem darf ich sagen, daß mit der zunehmenden Aussichtslosigkeit eines Hitlersieges an der Saar, das hat am stärksten die Kundgebung in Sulzbach bewiesen, eine Verschärfung dieses Terrors zu erwarten ist, und ich weise auch von dieser Stelle aus mit allem Nachdruck den Völkerbund auf die Putschgefahr hin, und ich weise hin auf die Gefahr politischer Streiks, die nur in Scene gesetzt werden, um den Abstimmungskampf politisch auszuwerten. Ich weise darauf hin, daß durch alle Provokationen versucht wird, die Freiheit und die unbeeinflußte ungehinderte Abstimmung zu gefährden, und wir verlangen endlich durchgreifende und ausreichende Maßnahmen, um die im Friedensvertrag uns garantierte Abstimmung zu gewährleisten.

Vorsitzender: Ich schließe die Sitzung (11 Uhr 40 Minuten)!

-

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4